

# Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 18. September 1965

Blatt 2359

## Die Radiorede des Bürgermeisters

=====

18. September (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien diskutiert morgen Sonntag, den 19. September (19.45 Uhr, Erstes Programm), Bürgermeister Bruno Marek mit dem Amtsführenden Präsidenten des Wiener Stadtschulrates Nationalratsabgeordneter Dr. Max Neugebauer und dem Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft", Dr. Wolfgang Gerle, über das Schulwesen und die Schulpolitik der Stadt Wien.

- - -

Gesperrt bis Sonntag, 19. September, 20 Uhr!

Bürgermeister Bruno Marek:

Das Schulwesen der Bundeshauptstadt Wien

=====

Ein Rundfunkgespräch mit Bürgermeister Bruno Marek

18. September (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien diskutierten am Sonntag, dem 19. September Bürgermeister Bruno Marek und der Amtsführende Präsident des Wiener Stadtschulrates Nationalratsabgeordneter Dr. Max Neugebauer mit dem Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft", Dr. Wolfgang Gerle, über das Schulwesen und die Schulpolitik der Stadt Wien.

Dr. Gerle: Vergangene Woche hat ein neues Schuljahr begonnen. Aus diesem Anlaß wird sich Bürgermeister Bruno Marek in seiner heutigen Sendung mit Schulproblemen befassen und wird dabei unterstützt vom Amtsführenden Präsidenten des Stadtschulrates für Wien, Herrn Nationalratsabgeordneten Dr. Max Neugebauer. Lieber Herr

./.

Bürgermeister, meines Wissens nach gibt es in der Bundeshauptstadt eine "Schulverwaltung der Stadt Wien" und es gibt einen "Stadtschulrat für Wien". Das sind, so glaube ich, zwei verschiedene Behörden. Welche Aufgaben haben diese beiden Stellen zu erfüllen?

Bgm. Marek: Jede Gemeinde, die eine Schule hat, also auch die Gemeinde Wien, hat nach den gesetzlichen Bestimmungen für den Sachaufwand sämtlicher Volks-, Haupt-, Sonder- und berufsbildender Pflichtschulen zu sorgen. Dafür ist die Schulverwaltung zuständig.

Dr. Gerle: Sie sagten eben "berufsbildende Pflichtschulen". Meinen Sie damit die ehemaligen Fortbildungsschulen?

Bgm. Marek: Ganz richtig! Die bekanntesten sind die Schulen in der Mollardgasse und in der Hütteldorfer Straße. Eine dritte berufsbildende Pflichtschule wird von der Gemeinde Wien in Meidling errichtet. Dort soll bereits in Kürze der Schulbetrieb aufgenommen werden.

Dr. Gerle: Und welche Aufgaben hat der Stadtschulrat?

Bgm. Marek: Ich glaube, diese Frage wird Herr Präsident Dr. Neugebauer beantworten.

Präs. Dr. Neugebauer: Der Stadtschulrat hat vor allem für die Durchführung der Schulgesetze und die Schulaufsicht zu sorgen, und er übt in allen Personalangelegenheiten ein Vorschlagsrecht aus, kurz gesagt, er hat sich um das innere Leben der Schulen zu kümmern.

Dr. Gerle: Wien ist nicht nur Stadtgemeinde, sondern auch ein Bundesland; folglich ist doch der Stadtschulrat für Wien gleichzeitig auch Landesschulrat?

Dr. Neugebauer: Ja, er ist Landesschulrat und Bezirksschulrat in einem, während in den übrigen Bundesländern jeweils ein Landesschulrat besteht und für jeden Bezirk des Landes ein Bezirksschulrat.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister Marek, Sie sprachen vorhin vom Sachaufwand. Da haben wir doch in erster Linie an die Schulbauten zu denken.

Bgm. Marek: Die Gemeinde Wien hat in den letzten 20 Jahren 45 Schulneubauten errichtet und mehr als 200 Schulgebäude neu gestaltet und modernisiert. Das alles war notwendig, weil doch nach Beendigung des Krieges nicht nur Wohnhäuser zerstört waren,

sondern auch viele Schulgebäude; sie wurden Jahre hindurch von den Besatzungsmächten für Verwaltungszwecke verwendet und somit dem Schulbetrieb entzogen. Unter den in den letzten Jahren modernisierten Schulgebäuden befinden sich zahlreiche, die bereits vor 60, 80 Jahren, einzelne sogar vor 100 Jahren erbaut wurden.

Dr. Gerle: Ich kann mir vorstellen, daß da die Modernisierung nicht immer einfach war.

Bgm. Marek: Sehr richtig, denn es ging nicht nur darum, eine bauliche Generalinstandsetzung durchzuführen, sondern auch zweckmäßige Änderungen vorzunehmen, zum Beispiel Räume für Schulküchen zu schaffen, ebenso auch Lehrerzimmer, Werkstätten, Schulküchen und anderes.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, wieviel wurde dafür aufgewendet?

Bgm. Marek: In den letzten zehn Jahren, also von 1955 bis einschließlich 1964, rund 600 Millionen Schilling. Davon für Neubauten 230 Millionen und für die Erhaltung und Modernisierung 430 Millionen. Im heurigen Jahr wurden vorläufig 140 Millionen als Bauaufwand zur Verfügung gestellt.

Dr. Gerle: Dieser letzten Feststellung entnehme ich, daß der Neubau und die Modernisierung von Schulen in Wien keineswegs abgeschlossen sind.

Dr. Neugebauer: Nein, denn die Zahl der neueintretenden Schüler wächst von Jahr zu Jahr. So haben wir heuer im ersten Schuljahr rund 15.000 Schüler, um 1.300 mehr als im Vorjahr. Wenn diese Schüler aufsteigen und in die Hauptschule kommen, werden wir natürlich mehr Klassenraum und mehr Lehrer benötigen. Es wird sogar gebaut werden müssen.

Dr. Gerle: Wie groß ist denn überhaupt die Anzahl der Schüler in den Wiener Pflichtschulen; also in den Volks-, Haupt- und Sonderschulen?

Dr. Neugebauer: Heuer haben wir 81.000 Schüler, im vergangenen Jahr hatten wir 77.600. Davon entfallen auf die Volksschulen im heurigen Jahr 50.300 Schüler, auf die Sonderschulen etwa 6.200 und auf die Hauptschulen 24.500. Die Anzahl der Schüler in den Hauptschulen wird geringer.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, das Wiener Wohngebiet ist doch durch die planmäßige Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien erheblich vergrößert worden. Das macht doch sicher auch den Neubau von Schulen erforderlich?

Bgm. Marek: In diesen neuen Wohngebieten, die an der Peripherie unserer Stadt erbaut werden, hat sich durch den Bevölkerungszuwachs auch eine größere Zahl von schulpflichtigen Kindern ergeben. Dagegen müssen wir zu unserem Bedauern eine Verringerung der Bevölkerung in den inneren Bezirken feststellen. Das wird dazu führen, daß wir Schulgebäude in den inneren Bezirken auflassen und einer anderen Verwendung zuführen können.

Dr. Gerle: Die allgemeine Schulpflicht wurde auf neun Jahre verlängert. Herr Präsident Neugebauer, das wird sich doch auch sicher auf den Bedarf an Schulraum auswirken.

Dr. Neugebauer: Gewiß! Nach unseren Berechnungen und auf Grund der Fragebögen, die wir an die Eltern geschickt haben, rechnen wir damit, daß am 11. September 1966 etwa 3.000 Schüler das neunte Schuljahr beginnen werden. Zwar besuchen gegenwärtig 5.700 Schüler die vierten Klassen der Hauptschulen, doch es sind Schüler darunter, die in weiterführende Schulen gehen werden, also in Handelsschulen, Handelsakademien, Fachschulen, höhere technische Lehranstalten, Hauswirtschaftsschulen, oder Schulen für gewerbliche Frauenberufe, so daß nur rund 3.000 Schüler für das neunte Schuljahr in der Hauptschule selbst zurückbleiben. Für diese 3.000 Schüler werden wir in neun Gebäuden zehn "Schulen für polytechnische Lehrgänge" - so heißen nämlich die Schulen des neunten Schuljahres - unterbringen. Hierzu benötigen wir fast 100 Klassenräume.

Dr. Gerle: Man hört immer wieder, vor allem in den Bundesländern, daß Lehrermangel herrscht und viele Schulen deshalb nur mit eingeschränktem Schulbetrieb geführt werden können. Ist das auch in Wien der Fall?

Dr. Neugebauer: Nein, in Wien gibt es derzeit keinen Lehrermangel. Im Gegenteil, etwa 600 Lehrer warten in Wien auf eine Anstellung. Selbstverständlich sind diese Lehrer nicht arbeitslos, sie üben vorübergehend einen anderen Beruf aus und warten, bis eine Stelle im Schulbetrieb für sie frei ist.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, Sie sprachen vorhin von der Errichtung und Modernisierung der Schulgebäude. Ich nehme an, daß auch die Innenausstattung ständig erneuert wird.

Bgm. Marek: Selbstverständlich! Wir haben in den letzten zehn Jahren allein für den Austausch alter Schulbänke, die wir in unserer Jugend gedrückt haben, gegen Sessel und Tische 37 Millionen Schilling ausgegeben.

Dr. Gerle: Und wie groß ist die Summe, die die Gemeinde Wien für die Lernbehelfe ausgibt?

Bgm. Marek: In den vergangenen zehn Jahren haben wir dafür elf Millionen Schilling und für die Instandsetzung der Lernmittel fünf Millionen Schilling aufgewendet. Ich möchte in Erinnerung rufen, daß wir die Lernbehelfe beistellen, ohne dazu gesetzlich verpflichtet zu sein und daß sie den Schülern unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Es sind dies Bücher, Klassenlesestoff, Material für Knaben- und Mädchen-Handarbeiten, sowie Schreib- und Zeichenrequisiten. Die Anschaffungskosten dafür betragen pro Schuljahr 1,9 Millionen Schilling. Zwar erhalten die Schüler von der ersten Klasse Volksschule bis zur vierten Klasse Hauptschule Bücher, die eine längere Lebensdauer als für ein einziges Schuljahr haben, dennoch müssen jedes Jahr Ersatzanschaffungen vorgenommen werden. Das läßt sich leider nicht vermeiden.

Dr. Gerle: Wieviele Bücher werden für die Schüler des neuen Schuljahres zur Verfügung gestellt?

Bgm. Marek: Für die 81.000 Schüler des Schuljahres 1965/66 stellen wir 178 verschiedene Lern- und Lesebücher zur Verfügung. Der Buchhändler würde sagen, wir stellen 178 "Titel" zur Verfügung. Hätten die Eltern diese Bücher selbst anzuschaffen, sie müßten dafür etwa 40 Millionen Schilling zahlen.

Dr. Gerle: Und wieviel gibt man für die Materialien aus, die etwa im Handarbeitsunterricht der Mädchen verwendet werden!

Bgm. Marek: Etwa eine Million Schilling. In der Hauptsache ist dieses Material Übungsmaterial und nur in der letzten Klasse werden den Mädchen Stoffe zur Anfertigung von Kleidern beigelegt, die dann im Besitz der Schülerinnen bleiben.

Dr. Gerle: Herr Präsident! Sind durch die neuen Schulgesetze bereits für das kommende Schuljahr irgendwelche einschneidenden Reformen zu erwarten?

Dr. Neugebauer: Ja, vor allem auf dem Gebiet der allgemeinbildenden höheren Schulen, wo die Trennung in Gymnasien und Realgymnasien erfolgt.

Dr. Gerle: Wie wirkt sich diese Teilung aus?

Dr. Neugebauer: Die Realgymnasien beginnen erst in der 5. Klasse mit Latein und man beschäftigt sich dann in der Oberstufe sehr in-

tensiv mit dieser Sprache, während man in den Gymnasien bereits in der 3. Klasse mit Latein beginnt.

Dr. Gerle: Es wurde also eine lateinfreie Unterstufe der höheren Schule geschaffen?

Dr. Neugebauer: Richtig. Man hat dadurch den Hauptschülern gesetzlich das Recht gegeben, wenn sie gut lernen, in die nächsthöhere Klasse einer allgemeinbildenden Schule ohne Prüfung übertreten zu können.

Dr. Gerle: Ist damit das oft kritisierte Bildungsprivileg, um dessen Beseitigung jahrelang gekämpft wurde, abgeschafft?

Bgm. Marek: Ich möchte das bejahen. Bereits nach dem ersten Weltkrieg war man bestrebt, den Kindern minderbemittelter Eltern den Weg zu einer höheren Schulbildung frei zu machen. Die Gesetze, die damals beschlossen wurden, sind aber im Jahre 1934 unwirksam gemacht worden. Wenn wir auch das Bildungsprivileg beseitigt haben, so leider noch nicht die Bildungsvorurteile. Wir müssen nämlich zu unserem Bedauern feststellen, daß die Zahl der Kinder, die mit dem zehnten Lebensjahr in eine höhere allgemeinbildende Schule übertreten, in den Bezirken, die überwiegend von Arbeitern bewohnt werden, überaus gering ist.

Dr. Neugebauer: Ich möchte hiezu einige Zahlen nennen. Unsere Erhebungen haben ergeben, daß im 1., 9., 13., 18. und 19. Bezirk etwa die Hälfte der zehnjährigen in Gymnasien und Realgymnasien eintreten, im 10. Bezirk nur etwa 19 Prozent und in den Bezirken 11., 20., 21. und 23. nur 15 Prozent.

Bgm. Marek: Das beweist wohl eindeutig, daß wir noch ein gutes Stück Aufklärungsarbeit zu leisten haben. Wir müssen unermüdlich an die Arbeitereltern appellieren und ihnen ihre Verantwortung gegenüber den Kindern vor Augen führen.

Dr. Neugebauer: Ein ähnlich ungünstiges Verhältnis ist leider auch in den bäuerlichen Gebieten anzutreffen, wo die Anzahl der Kinder aus bäuerlichen Familien, die eine höhere Schulbildung anstreben, nach wie vor außerordentlich gering ist.

Bgm. Marek: Unsere Verantwortung gegenüber unseren Kindern ist groß. Wenn ich dies sage, so meine ich nicht nur die Politiker, die Lehrer und Erzieher, sondern vor allem die Eltern. Wir, die wir in der Bundeshauptstadt Verantwortung tragen, wollen auch in Zukunft mit allen Kräften für unsere Jugend arbeiten.

Dr. Gerle: Nun wird aber vielleicht mancher einwenden, daß materiell schlechter gestellte Menschen ihren Kindern den Weg zu höherer Bildung finanziell nicht ermöglichen können.

Bgm. Marek: Diesen Einwand lasse ich nicht gelten, er geht in Wien völlig ins Leere. Der Wiener Landtag hat doch beschlossen, den Schülern der Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen, sowie auch der berufsbildenden höheren Schulen, Stipendien zu geben, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Eltern die Finanzierung eines Studiums nicht ermöglichen.

Dr. Gerle: Und welche Unterstützung wird jenen Studierenden gewährt, die die Reifeprüfung abgelegt haben und eine Hochschule besuchen wollen?

Dr. Neugebauer: Wer die Reifeprüfung abgelegt hat, kann ohne weiteres ein Hochschulstudium anstreben, weil das Studienbeihilfengesetz den weniger begüterten Studenten ein Anrecht auf eine staatliche Studienbeihilfe gibt, wenn das Studium mit Erfolg betrieben wird.

Bgm. Marek: Abschließend möchte ich nochmals betonen: Unsere Jugend ist der einzige, wirkliche Garant einer schöneren und besseren Zukunft. Die Jugend von heute wird die Welt von morgen gestalten. Jede Generation hat die Jugend, die sie verdient, weil diese sich stets im Guten wie im Schlechten nach ihrem Vorbild formt.

- - -

#### Rundfahrten "Neues Wien"

=====

18. September (RK) Dienstag, den 21. September, Route 1 mit Verkehrsbauwerk Schottentor, Assanierung Lichtental, Internationalem Studentenheim, Volksheim "In der Krim", Ausflugsrestaurant Bellevue, Höhenstraße, Assanierung Alt-Ottakring, Müllverbrennung, Flötzersteig und Spetterbrücke sowie sonstige städtische Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtentfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Gesperrt bis 15 Uhr!

Internationale Kulturstätte Hörndlwald jetzt "Josef Afritsch-Heim"

Eröffnung des vierten Gästehauses der Wiener Volkshilfe in Hietzing

18. September (RK) Heute nachmittag erhielt die Internationale Kulturstätte des Wiener Landesfürsorge- und Wohlfahrtsvereines "Volkshilfe" im Hörndlwald in Hietzing im Rahmen einer Feierstunde den Namen "Josef Afritsch-Heim". Auch wurde ein neues Gästehaus, das vierte der hübschen Anlage, durch Bürgermeister Bruno Marek seiner Bestimmung übergeben.

Den Auftakt gaben eine Musik- und eine Tanzgruppe der Wiener Kinderfreunde mit ihren Darbietungen. Darauf sangen die Internatskinder des von der Volkshilfe im Schloß Altenberg unterhaltenen Heimes einige fröhliche Lieder. Dann erfolgte die Begrüßung der zahlreich erschienenen Gäste durch den Obmann der Wiener Volkshilfe, Direktor Otto Binder.

Bürgermeister Marek hob in seiner Festrede die großen Verdienste des 1947 ins Leben gerufenen Vereines "Volkshilfe" hervor. Seine karitative Tätigkeit gilt allen Menschen, gleich welcher Religion, Nationalität oder Rasse sie angehören, allein nach dem Maß ihrer Hilfsbedürftigkeit. Jedoch beschränkt sich der Aufgabenbereich der Organisation nicht auf das Soziale, sondern umfaßt auch die Schulung des Geistes und die Förderung der Völkerverständigung. Der "Hörndlwald" ist im Laufe der Jahre zu einem Begriff geworden und gilt im In- und Ausland als eine Stätte der Begegnung, an der Menschen jeglicher Herkunft freundschaftlich und frei miteinander sprechen können.

Es darf nicht in Vergessenheit geraten, was die Volkshilfe seit ihrer Gründung geleistet hat. In den schweren Jahren nach dem Krieg war das Lager in der Laurenzgasse für viele Tausende der Ort, wo sie Hilfe in drückendsten Nöten erfuhren. Großes leistete der Verein auch in den Tagen des Flüchtlingsstromes während des ungarischen Aufstandes im Jahre 1956. Unvergessen sind auch die Lebensmittelaktionen der Hungerjahre sowie die Urlaubsaktionen für Erwachsene und vor allem für Kinder. Für die

./.



Kleinen wurden private Pflegeplätze im In- und Ausland gesucht, Kinderlager veranstaltet, Schullandheime eingerichtet und umfassende Auslands- und Erholungsaktionen organisiert.

In diesem Zusammenhang muß auch aller ausländischen Freunde gedacht werden, die die "Volkshilfe" in ihren Bemühungen unterstützten. Namentlich die Schweiz, Schweden und Norwegen, aber auch andere Nationen haben es verdient, daß die Wiener Bevölkerung ihnen stete Dankbarkeit bewahrt.

Wenn heute das geistige Zentrum der Wiener Volkshilfe, diese wunderschöne Kulturstätte im Hörndlwald, den Namen Josef Afritschs erhält, so wird damit das Andenken eines Mannes geehrt, der mit Wien und seiner Bevölkerung auf das Engste verbunden war. Josef Afritsch gehörte mit Louise Renner, Hilde Schärf und Josef Holaubek von Anfang an dem Präsidium der Organisation an, um die er sich hochverdient gemacht hat. Und dies nicht nur als umsichtiger Organisator, sondern vor allem als Mensch, der für jeden einzelnen notleidenden Zeitgenossen stets ein warmes Herz hatte. Zu diesem weitblickenden Politiker und echten Wiener kam niemand vergeblich, der sich in einer Notlage befand; Josef Afritsch wußte für jeden Rat und Hilfe. Um einen Teil der Dankesschuld abzutragen, die der Verein Volkshilfe seinem langjährigen Präsidenten gegenüber hat, wird dieses Haus heute "Josef Afritsch-Heim" benannt. 1951 hat Afritsch an dieser Stelle den Grundstein für die Internationale Kulturstätte gelegt, heute wollen wir den Grundstein dafür legen, daß an dieser Stätte im Geiste Josef Afritschs weitergearbeitet wird, zum Wohle unserer Mitmenschen und zum Ruhm unserer geliebten Heimatstadt Wien.

Nach Beendigung der Feier im Großen Festsaal begab sich Bürgermeister Marek an der Spitze der Ehrengäste vor das Hauptgebäude. Zu beiden Seiten des Portales sind hier Erinnerungstafeln angebracht, die der Bürgermeister enthüllte. Sie tragen folgende Inschrift: "Josef Afritsch, 1901 - 1964, Menschenfreund, Helfer in der Zeit der Verfolgung, Gründer und Präsident der Volkshilfe, Schöpfer der Internationalen Kulturstätte Hörndlwald, langjähriger Stadtrat, Bürger der Bundeshauptstadt Wien, Innenminister von Österreich".

Nach kurzen Grußworten anderer prominenter Festgäste wurden 40 Urlauber geehrt, die seit Jahren von der Volkshilfe betreut werden.

Stadtrat Dr. Wollinger verstorben  
=====

18. September (RK) Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Johann Wollinger, ist gestern abend um 20.05 Uhr im Wilhelminenspital nach monatelangem schweren Leiden verstorben. Sofort nach Eintreffen der Todesmeldung hat Bürgermeister Marek der Witwe und den vier Kindern des Heimgegangenen sowie der Landesparteileitung der Österreichischen Volkspartei sein Beileid zum Ausdruck gebracht. Namens des Wiener Landtages kondolierte Erster Präsident Dr. Stemmer.

Dr. Johann Wollinger wurde am 13. Februar 1915 in Wien-Meidling geboren. Sein Vater Heinrich Wollinger war Kaufmann und entstammte ebenfalls einer alten Kaufmannsfamilie.

Johann Wollinger absolvierte auch seine Schulbildung - Volksschule und Gymnasium - in seinem Heimatbezirk Meidling. Im Juni 1934 maturierte er und nahm anschließend das Jusstudium an der Wiener Universität auf. Während des Studiums erfüllte er im Jahr 1937 die Dienstpflicht beim Österreichischen Bundesheer. Die Promotion zum Doktor juris erfolgte im Februar 1940. Im März des gleichen Jahres trat Dr. Wollinger in den Gerichtsdienst ein. Die Stationen waren Gloggnitz, Landesgericht für Zivilrechtsangelegenheiten Wien, Strafbezirksgericht Wien und Bezirksgericht Floridsdorf. Militärdienst im zweiten Weltkrieg leistete er vom Juli 1941 bis April 1945.

Im Mai 1945 trat Dr. Wollinger in das Bundesministerium für Unterricht als Ministerialkommissär ein, wurde Ministerialoberkommissär und legte die praktisch-politische Verwaltungsprüfung ab.

Ab Dezember 1948 war er Geschäftsführer der Sektion Handel der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien. Ab April 1952 war Dr. Wollinger außerdem leitender Sekretär des Fonds der Wiener Kaufmannschaft.

Seine politische Tätigkeit begann Johann Wollinger in verschiedenen Jugendorganisationen schon sehr früh. Nach 1945 war er in der Bezirksparteileitung Meidling sowie in der Landespartei-

leitung der Österreichischen Volkspartei tätig. Bereits von 1954 bis 21. Oktober 1958 war er Mitglied des Wiener Gemeinderates und Abgeordneter zum Wiener Landtag. In dieser Zeit war er im Finanzausschuß, im Ausschuß für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten und zuletzt im Ausschuß für die Städtischen Unternehmungen tätig.

Am 19. Dezember 1964 wurde Dr. Johann Wollinger zum Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen gewählt.

- - -

#### Rundfahrten "Neues Wien"

=====

18. September (RK) Montag, den 20. September, Route 5 mit Planetarium, Hauptfeuerwache Leopoldstadt, Wohnhausanlage Vorgartenstraße mit Kindergarten und Markt, Marshallhof mit Kindergarten und Volksheim, Montagebaufabrik und Neubaugebiet Kagran, Pensionistenheim "Sonnenhof", Donaupark mit Donauturm, Nordeinfahrt, Nordbrücke und Gürtelbrücke sowie sonstige städtische Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtentfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -